

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Allgemeines

Generalsekretär:

Bericht für die 66. Generalversammlung

- Positive Bilanz in den Bereichen Entwicklung und Friedenssicherung
- Diverse Expertengruppen eingesetzt
- Generalsekretär weiterhin verhalten in Führungsrolle

Kirsten Haack

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Henrike Paepcke, Generalsekretär: Bericht für die 65. Generalversammlung, VN, 5/2010, S. 22ff., fort.)

Der fünfte Bericht über die Tätigkeit der Vereinten Nationen von Generalsekretär Ban Ki-moon (A/66/1 v. 26. Juli 2011) zeigt sich weniger im Bann der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise als zuvor – zu ereignisreich war das Jahr 2011 politisch und humanitär, etwa in Nordafrika, Japan und Côte d'Ivoire. So erklärt der Generalsekretär, dass zukünftige Generationen die letzten fünf Jahre (sprich: Ban Ki-moons erste Amtszeit) als eine Ära fundamentalen globalen Wandels verstehen werden. Diese ungewohnt forsche Wortwahl scheint deplaziert, findet sich im folgenden Bericht doch wenig Beweis für diese Behauptung. Er zeigt sich mehr in der Lesart einer Managementbilanz, als einer Bewertung globalen Wandels:

Im Bereich **Entwicklung** werden die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs), nunmehr im Endspurt, als positiv bewertet: Geringere Kinder- und Müttersterblichkeitsraten, bessere Bildungschancen und ein Entwicklungshaushalt größer denn je verleiten den Generalsekretär zu der optimistischen Einschätzung, dass die Ziele weitestgehend bis zum Jahr 2015 erreicht werden können. Dieser Optimismus hat jedoch Grenzen. Fortschritte wurden hauptsächlich in Einzelmaßnahmen erzielt, strukturelle Probleme bleiben hingegen nach wie vor ungelöst. **Frieden und Sicherheit** im Zusammenhang mit Wahlen waren ein Schwerpunkt im Jahr 2011: allen voran das Unabhängigkeitsreferen-

dum in Südsudan, aber auch Wahlen in Côte d'Ivoire, Haiti und 50 weiteren Staaten. Nach einem Höchststand in 2010 traten Friedenssicherungseinsätze und humanitäre Hilfe in eine Konsolidierungsphase ein, unterstützt durch institutionelle Reformen. Entwicklungen im Bereich Menschenrechte, Demokratie und gute Regierungsführung, insbesondere im Rahmen des ›Arabischen Frühlings‹, werden als »einschneidend« bewertet (S. 10). Hier betont der Generalsekretär seine eigenen Aktivitäten und die Bemühungen zur Einhaltung von Menschenrechten.

Im Bereich **Sicherung globaler Güter** ist weiterhin der Klimawandel Thema Nummer Eins. Die Ergebnisse der Klimakonferenz von Cancún Ende 2010 begrüßt der Generalsekretär, aber die Aussichten, bald zu einer angemessenen Finanzierung der Bekämpfung des Klimawandels zu kommen, schätzt er eher gering ein. Zur erfolgreichen Umsetzung der Konferenzergebnisse hat der Generalsekretär Hochrangige Gruppen eingesetzt. Diese haben die Aufgabe, Managementstrukturen und -prozesse zu überprüfen sowie Umsetzungspläne zu erarbeiten. Beim Thema globale Gesundheit betont Ban, dass der soziale Schutz und eine gerechte Gesundheitsvorsorge von größter Bedeutung seien. Dabei wird die häufig politisch kontroverse Formulierung ›gerecht‹ durch eine Fokussierung auf Sanitärversorgung etwas abgeschwächt.

Während die **Terrorismusbekämpfung** deutlich den Mitgliedstaaten zugewiesen wird, zeigt sich im Bereich der nuklearen Energie und **Abrüstung** wiederum, dass der Generalsekretär sein Mandat nach Artikel 99 UN-Charta ernst nimmt. Iran und die koreanische Halbinsel (nicht allein Nordkorea) werden ebenso kritisch hervorgehoben wie der Vorfall in Fukushima, die Notwendigkeit regionaler Kooperation und die Tatsache, dass Ban Ki-moon als erster Generalsekretär an der Friedensgedenkerzeremonie in Hiroshima teilnahm.

Im Bereich **Stärkung der Vereinten Nationen** wird erneut deutlich, wo der Generalsekretär den Schwerpunkt seiner Aktivitäten sieht. Während er zum Thema ›zwischenstaatlicher Apparat‹ lediglich ei-

nen Abriss der Tätigkeiten des Wirtschafts- und Sozialrats und des Sicherheitsrats (etwa Schutzverantwortung in Libyen, positive Reformstimmung – wenn auch keine Ergebnisse) vorlegt, ist beim Thema Sekretariat und systemweiter Kohärenz deutlich mehr Selbstbewusstsein zu vermerken. Wie auch in den vorherigen Jahren scheut sich der Generalsekretär nicht, Superlative zu benutzen, um die diversen Maßnahmen, wie etwa die neue Organisation ›UN Women‹ oder Managementinnovationen zur Erhöhung der Effizienz und Effektivität der UN, zu beschreiben. Hier erweist sich Ban als Manager, der in Zeiten globaler Haushaltskürzungen in der Lage ist, weiterhin Leistung für die Mitgliedstaaten zu erbringen. Wie im Vorjahr hebt der Generalsekretär insbesondere die engere Zusammenarbeit mit Partnern hervor, etwa die Einrichtung von UN-Büros in Brüssel und bei der Afrikanischen Union, die ›Academic Impact‹-Initiative und das dritte Privatsektor-Forum.

Insgesamt ist die Tatsache, dass keine großen Innovationen im Bericht enthalten sind, ein Zeichen dafür, dass 2011 ein Jahr der Konsolidierung war, in dem diverse Expertengruppen eingesetzt wurden, um die Umsetzung von (neuen) Prozessen und Strukturen zu untersuchen und zu gestalten. Besonders nennenswert ist die kurze Mitteilung, dass der Generalsekretär auf Anweisung der Generalversammlung mit der Ausarbeitung von Ideen zur Entwicklung für die Zeit nach den MDGs begonnen hat. Ein bei weitem kürzerer Bericht als in vorherigen Jahren zeigt folglich, dass hier eine Managementbilanz vorliegt. Dementsprechend wird die Tatsache, dass dieser Bericht auch für den Generalsekretär einen Meilenstein darstellt, erst im **Fazit** (S. 21f.) deutlich. Ban blickt hier auf seine erste Amtszeit zurück und erinnert daran, dass die Errungenschaften der letzten fünf Jahre – verstärkte Präventionskapazitäten im Bereich Frieden und Sicherheit, Entwicklung normativer Standards (wie die Schutzverantwortung), Entwicklung von Reaktionskapazitäten für Naturkatastrophen und an vorderster Front die nachhaltige Entwicklung – lediglich den Grundstein für die Problem-

lösungsansätze der Zukunft darstellen. Ban stellt diesen Errungenschaften Herausforderungen wie etwa die Bevölkerungsentwicklung und die wachsende Komplexität von Friedenssicherungseinsätzen gegenüber, und vermittelt damit den Eindruck, dass er einen Fahrplan für seine zweite Amtszeit hat. Dies ist jedoch nicht der Fall. Mittlerweile im Amt bestätigt, zeigt dieser kurze Ausblick auf die Zukunft, dass der Generalsekretär seinem Credo auch in den nächsten fünf Jahren treu bleiben wird: Der Generalsekretär ist zuallererst ›Diener‹ der Mitgliedstaaten, zweitens Manager und erst an dritter Stelle Verfechter der Ziele in der UN-Charta. Obwohl während des ›Arabischen Frühlings‹ ein aktiverer Generalsekretär zu beobachten war, hat sich die Hoffnung (siehe Henrike Paepcke, Bericht für die 65. Generalversammlung, VN, 5/2010, S. 222), dass seine Wiederwahl eine Chance für den Generalsekretär sein könne, weniger politisch konform aufzutreten, bisher nicht erfüllt. Auch der Bericht für die 66. Generalversammlung lässt diesbezüglich wenig Zuversicht aufkommen.

Wirtschaft und Entwicklung

Am wenigsten entwickelte Länder (LDCs):

4. Konferenz 2011 in Istanbul

- LDC-Traumziele
- LDC oder MEC?

Johannes Wendt

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Heiko Föhnel über die LDC III, VN, 4/2001, S. 147ff., fort. Für Berichte über die vorangegangenen Konferenzen siehe: LDC I, VN 6/1981, S. 215ff., LDC II, VN, 1/1991, S. 18ff.)

Von den westlichen Medien und der türkischen Öffentlichkeit kaum bemerkt und allenfalls mit herablassenden Kommentaren bedacht haben sich etwa 8000 Delegierte aus aller Welt vom 9. bis 12. Mai 2011 zur **Vierten Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwi-**

ckelten Länder (LDC IV) in Istanbul zusammengefunden. Es war das vierte Treffen dieser Art, seit die Vereinten Nationen im Jahr 1971 beschlossen hatten, den ›Ärmsten und Schwächsten‹ der Weltgemeinschaft mit besonderen Aktionsprogrammen zu helfen. Die Folge-Konferenzen LDC I, II und III fanden in Zehnjahresabständen statt: 1981 in Paris, 1991 in Paris und 2001 in Brüssel. 1971 wurden 25 Staaten mit den niedrigsten Erwerbs- und Alphabetisierungsquoten und den höchsten Sterberaten dieser Gruppe zugerechnet. Heute sind es, sollten Südsudan und Palästina ›erfolgreich‹ kandidieren, mit 50 Staaten genau doppelt so viele. Allein dieser Umstand zeigt, wie wenig die bisherigen Erklärungen und Agenden bewirkt haben und wie wenig die Wirklichkeit dem Pathos entspricht, mit dem der türkische Präsident Abdullah Gül als Gastgeber das Treffen in Istanbul eröffnete. Er äußerte die Hoffnung, dass »die ersten Herzschläge einer neuen und gerechten Weltordnung« zu hören seien.

Meinte Gül die Absprache, die gleich im ersten Punkt der in Istanbul verabschiedeten Erklärung festgehalten ist? Demnach soll die Zahl der LDCs bis zum Ende der in Istanbul eingeläuteten Entwicklungsdekade, 2011 bis 2020, halbiert und damit auf den Stand der Gründungszeit zurückgeführt werden. Bislang konnten nur drei Länder – Botswana 1994, Kap Verde 2007 und die Malediven 2011 – den LDC-Status hinter sich lassen. Dieser Status wird vom UN-Ausschuss für Entwicklungspolitik in einem komplizierten Verfahren festgelegt, der soziale und wirtschaftliche Kriterien mit den Aussagen des Berichts über die menschliche Entwicklung des UN-Entwicklungsprogramms kombiniert. Wer den Sprung vom am wenigsten entwickelten Land zum Entwicklungsland schaffen will, muss ein jährliches Wirtschaftswachstum von mindestens sieben Prozent vorweisen, das indessen zusammen mit politischen, sozialen und ökonomischen Strukturreformen, Schuldenerlass sowie zusätzlichen staatlichen und privaten Finanzhilfen dazu beitragen soll, die Marginalisierung dauerhaft zu überwinden, wie der Aktionsplan ausführt.

Eine Halbierung oder auch nur eine bedeutsame Verringerung der Länder mit LDC-Status wird indessen aller Voraussicht nach ebenso wenig erreicht wie das in Istanbul ebenfalls bekräftigte Millen-

niums-Entwicklungsziel, das eine Halbierung der Armut zum Jahr 2015 vorsieht. Schließlich müssten die zu den anderen Entwicklungsländern aufschließenden Länder auf Sonderkonditionen verzichten, so dass der Aufstieg in die Gruppe der ›normalen‹ Entwicklungsländer, die – siehe China und Indien – trotz frappierenden Wirtschaftswachstums weiterhin den größten Anteil der Armen und Hungern auf dieser Welt haben, sogleich im neoliberalen Wind des schärferen Wettbewerbs und unter dem Druck der Auflagen des Internationalen Währungsfonds in Frage gestellt wird. Mit Blick auf dieses Dilemma wurde in Istanbul eine Strategie für einen geschmeidigen Übergang (smooth transition) mit einem Maßnahmenpaket angeregt, das noch von einer *Ad-hoc*-Arbeitsgruppe zusammengestellt werden soll. Jedenfalls soll eine abrupte Kürzung der bisherigen Hilfszusagen vermieden und ein vorübergehender Ausbau der Handelsvorteile auf bilateraler Basis ermöglicht werden.

Die UN-Generalversammlung hatte im Jahr 2009 im Hinblick auf das Treffen in Istanbul neben dem routinemäßigen Auftrag, die Wirkungen des vor zehn Jahren in Brüssel beschlossenen Aktionsprogramms zu prüfen, unter anderem den Entwurf ›zusätzlicher Maßnahmen zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder‹ sowie einer ›erneuerten und verstärkten Partnerschaft‹ angemahnt. Die jahrelangen Vorbereitungen und Zwischenbilanzen auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene und die einwöchige Konferenz selbst, auf der Redner aus 121 Staaten und von 13 UN-Organisationen zu Wort kamen, sowie auf die begleitenden Foren der Parlamentarier (160 Abgeordnete aus 55 Ländern), der Zivilgesellschaft (1500 Delegierte von 270 Organisationen) und der Wirtschaft, die sich wiederum in drei verschiedenen Diskussionsrunden präsentierte, und schließlich das Aktionsprogramm mit 150 Haupt- und vielen Unterpunkten, die in schier endlosen und meist vage formulierten Schleifen kaum einen Aspekt auslassen, dazu die 18-Punkte-Erklärung mit zweiseitiger Präambel spiegeln die Schwierigkeit wider, die Forderungen und Vorbehalte der angereisten Interessengruppen – Regierungen und NGOs, Profit- und Non-Profit-Organisationen, wirtschaftliche und wissenschaftliche Institutionen – einigermaßen ver-